

Konsequenzen zu Zwangsumsiedlungen bei Weltbank gefordert

Im Oktober 1992 hatte das Weltbank-Management eine Untersuchung zur Einhaltung der Umsiedlungsrichtlinien bei allen Weltbank-Projekten angekündigt. Hintergrund war die offensichtliche Mißachtung dieser Richtlinien, wie sie im Morse-Bericht für die Narmada-Projekte deutlich geworden waren. Das Ergebnis dieser erneuten Studie, die insbesondere für Indien, aber auch viele afrikanische und lateinamerikanische Länder, die teilweise völlige Mißachtung der Umsiedlungsrichtlinien nachweist, wurde den Exekutiv-Direktoren der Weltbank Anfang Mai zur Beratung vorgelegt. Einige deutsche Nichtregierungsorganisationen forderten von BMZ-Minister Spranger, die Bundesregierung solle sich bei der Weltbank für Konsequenzen einsetzen. Nachfolgend veröffentlichten wir - leicht gekürzt - den entsprechenden Offenen Brief der 'Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt' an Minister Spranger.

"... am 28. April werden die Exekutiv-Direktoren der Weltbank über die aktuelle Umsiedlungsstudie der Weltbank beraten. Diese Studie weist, wie auch die beiden vorigen, nach, daß die Weltbank nicht in der Lage war, bei den von ihr finanzierten Projekten ihre eigenen Umsiedlungs-Richtlinien von 1980 umzusetzen. In einer Reihe von Fällen waren nicht einmal die notwendigen Daten erhoben worden um festzustellen, wieviele Menschen von einem Projekt vertrieben werden. Nur in ganz wenigen Fällen wurde in den letzten 3 Jahren die Bedingung erfüllt, daß Umgesiedelte mindestens ihren alten Lebensstandard wieder erreichen müssen. Für die Mehrheit der untersuchten Projekte gilt, daß sie Menschen durch Zwangsvertriebung ins Elend gestürzt haben. Insbesondere ländliche Arme und indigene Gemeinschaften wurden in die Obdachlosigkeit und weitere Verarmung getrieben. Aufgrund von mittlerweile abgeschlossenen Projekten wurden etwa 2 Millionen Menschen vertrieben, durch zur Zeit mit Mitteln der Weltbank durchgeführte Projekte sind weitere 2 Millionen Menschen von Zwangsvertriebung bedroht.

Es ist ein Skandal, daß - auch mit deutschen Steuergeldern - diese Verstöße gegen international anerkannte Menschenrechte mit finanzieller Unterstützung der Weltbank begangen und von ihr geduldet wurden. Dennoch gibt es keine Stellungnahme oder auch nur ein einziges Wort des Bedauerns darüber, daß durch die Unfähigkeit der Weltbank, ihre eigenen Richtlinien durchzusetzen, viele hunderttausend Menschen ins Elend getrieben wurden. Neben der vagen Aussage, daß die Weltbank bereit sei, die "Kreditnehmer bei den Maßnahmen zu unterstützen, die diese vorschlagen", fehlt auch jegliche Aussage darüber, wie die Weltbank gedenkt, sich der Verantwortung gegenüber den Opfern dieser Zwangsumsiedlungen zu stellen.

Nur im Rahmen bürokratischen Denkens ist wohl zu verstehen, wie die Studie zu dem Schluß kommt, in den letzten Jahren habe die Weltbank Fortschritte bei der Umsetzung ihrer seit 1980 bestehenden Umsiedlungsrichtlinien gemacht. Diese "Fortschritte" beziehen sich in erster Linie darauf, daß seit 1991 Projektanträge darauf geprüft wurden, ob sie Pläne für eventuelle Zwangsumsiedlungen enthalten...

Die aktuelle Situation im Narmadatal macht deutlich, welche Diskrepanz zwischen den Vorschlägen auf dem Papier und der Realität besteht und wie sich die konkrete Bedrohung der Zwangsvertriebung für Betroffene darstellt. Bereits seit Februar werden Dörfer im Narmadatal

aufgrund des Sardar-Sarovar-Staudamms überschwemmt, obschon die Bewohnerinnen und Bewohner noch nicht umgesiedelt sind. Mit dem nächsten Monsun droht für mehrere tausend Menschen eine Katastrophe, wenn ihre Dörfer, ihr Land und die neue Ernte überschwemmt werden.

Das Sardar-Sarovar-Projekt gehört zu den am intensivsten erforschten Projekten, es gab eine ausführliche unabhängige Untersuchung für die Weltbank, der Widerstand der Betroffenen ist so einheitlich und stark wie bei kaum einem anderen Projekt und das Projekt wird seit Jahren weltweit von NRO kritisiert. Dennoch haben all diese Aufmerksamkeit und dieser Druck bisher nicht dazu geführt, daß die Weltbank ihre Verantwortung für die Zwangsvertriebenen ernst genommen hätte. Angesichts dieser Erfahrungen erscheint uns die bürokratische Herangehensweise der Studie und die Rede von "Fortschritten" als menschenverachtender Zynismus...

Die zur Beratung anstehenden Empfehlungen enthalten eine Reihe von Vorschlägen, wie das Weltbank-Management die verheerenden Auswirkungen von Zwangsvertriebungen in Zukunft vermeiden sollte. Wir sind jedoch der Meinung, daß die Exekutiv-Direktoren sich in ihren Beratungen zunächst damit befassen müssen, welche Zukunftschancen die Opfer von bisherigen Zwangsumsiedlungen (aufgrund abgeschlossener oder in Durchführung befindlicher Vorhaben) haben könnten. Da die Kreditnehmer in der Vergangenheit und Gegenwart die eigentlichen Verursacher dieser Menschenrechtsverletzungen sind, ist es mehr als unwahrscheinlich, daß sie von sich aus Maßnahmen für die Opfer ergreifen werden. Deshalb fordern wir die Bundesregierung auf, sich dafür einzusetzen, daß die Weltbank Maßnahmen ergreift, die sicherstellen

- daß die Opfer bisheriger Zwangsumsiedlungen aufgrund von Weltbank-Projekten identifiziert werden, auch in den Fällen, in denen bisher jegliche Unterlagen darüber fehlen;

- daß gemeinsam mit diesen Betroffenen, sofern eine Rück siedlung nicht mehr möglich ist, Programme erstellt werden, die ihre kulturelle und materielle Rehabilitation ermöglichen;

- daß die Realisierung dieser Programme von einer unabhängigen Kommission, die z.B. bei der UN Menschenrechtskommission angesiedelt ist, überwacht wird.

Zum Teil handelt es sich bei diesen Fällen um schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen. Gemäß dem Prinzip "Man kann nicht Richter in eigener Sa-

che sein" muß deshalb eine unabhängige Instanz gefunden werden, die die Maßnahmen der Weltbank im Sinne der internationalen Menschenrechtskonventionen überprüft und gegebenenfalls sanktioniert. Wir fordern die Bundesregierung deshalb auf, sich dafür einzusetzen, daß eine solche unabhängige Instanz gefunden oder eingerichtet wird, die darüberhinaus die Möglichkeit bieten muß, daß Einzelne oder Gruppen Klage erheben können.

Als Zeichen ihres guten Willens sollte die Weltbank ihren Einfluß bei der indischen Regierung geltend machen, damit ein sofortiger Baustop über den Sardar-Sarovar-Damm verhängt wird und die Schleusen geöffnet werden, um die mit dem nächsten Monsun drohende Katastrophe soweit wie möglich zu begrenzen...

Die vorliegende Studie zwingt uns zu dem Schluß, daß die Weltbank keinerlei Legitimation mehr hat, um auch in Zukunft noch Großprojekte mit Zwangsumsiedlungen zu finanzieren. 14 Jahre lang hat die Weltbank weitgehend tatenlos zugelassen, daß ihre Umsiedlungsrichtlinien nicht eingehalten wurden...

Wir fordern die Bundesregierung deshalb auf, ein Moratorium für die weitere Kreditvergabe für Großprojekte mit Zwangsumsiedlungen zu verhängen bis die folgenden Bedingungen erfüllt sind:

1) Die Weltbank hat bei allen 143 aktuell bewilligten Projekten, die Zwangsumsiedlungen beinhalten,

- die Projekte umfassend daraufhin untersucht, wieweit Zwangsvertreibungen minimiert oder völlig vermieden werden können, und sie entsprechend verändert;

- die durch nicht vermeidbare Zwangsumsiedlungen entstehenden Probleme umfassend untersucht und sichergestellt, daß der Lebensstandard der Zwangsumgesiedelten mindestens das Niveau wie vor der Umsiedlung wieder erreicht und die Kredite für das jeweilige Projekt solange zurückgehalten, bis dies sichergestellt wurde.

2) Die kreditnehmenden Regierungen haben einen rechtlichen und politischen Rahmen geschaffen, der sicherstellt, daß Kultur und materielle Grundlage der Umsiedelnden nicht zerstört werden und daß eine den Weltbank-Richtlinien entsprechende Politik von den jeweiligen Regierungen garantiert wird.

3) Konkrete Mechanismen sind innerhalb der Weltbank geschaffen, die die Einhaltung und Umsetzung der Umsiedlungsrichtlinien durch die Weltbank-Mitarbeiter bewirken...

- Vermeidung und Minimierung von Zwangsumsiedlungen

Eines der Hauptanliegen der Weltbankrichtlinien zu Umsiedlungen besteht darin, daß Zwangsumsiedlungen "wegen

ihrer zerstörerischen und die Verarmung fördernden Auswirkungen wo immer möglich minimiert oder vermieden werden sollen". Dieses Hauptanliegen der Richtlinien wird in der vorliegenden Studie weder angemessen noch konkret berücksichtigt. Deshalb fordern wir die Bundesregierung auf, bei allen zukünftigen Kreditanträgen für Projekte mit einer Zwangsumsiedlungskomponente darauf zu drängen, daß eine Überarbeitung des Vorhabens zur Vermeidung von Zwangsumsiedlungen oberste Priorität hat. Konkret bedeutet dies, daß sämtliche Alternativen, um die Projektziele auch ohne Umsiedlungen zu erreichen, während der Projektvorbereitung geprüft und in den "Staff Appraisal Reports" dokumentiert werden müssen.

- Keine Umsiedlungs-Industrie durch die Weltbank

Aus obigem folgt, daß wir die Schlußfolgerung der Studie, daß die Weltbank in Zukunft mehr Geld und Ressourcen für Umsiedlungen zur Verfügung stellen solle, für verfehlt halten. Desweiteren halten wir es nicht für sinnvoll, jeweils eigene Umsiedlungsprojekte bei entsprechenden Vorhaben anzusetzen. Eine Abtrennung der Zwangsumsiedlungen von den jeweiligen Vorhaben reduziert die Bereitschaft, Zwangsumsiedlungen zu vermeiden. Außerdem sind die mit Zwangsumsiedlungen verbundenen Probleme nicht einfach mit mehr finanziellen Mitteln zu lösen. Sehr häufig ist die Tatsache von nicht ausreichend zur Verfügung stehendem Land eines der größten Probleme, wie z.B. das Sardar-Sarovar-Projekt deutlich macht.

- Besonderer Schutz für indigene Gemeinschaften

In weit überproportionaler Weise waren indigene Gemeinschaften in der Vergangenheit von Zwangsumsiedlungen betroffen. Diesem Umstand werden die Empfehlungen der Studie wie auch die Umsiedlungs-Richtlinien nicht gerecht. Gerade für diese Gemeinschaften ist es nicht ausreichend, jeweils individuelle Kompensationen bei Zwangsumsiedlungen zur Verfügung zu stellen. Vielmehr muß sichergestellt werden, daß indigene Gemeinschaften, sofern Zwangsumsiedlungen auch nach gründlicher Überarbeitung eines Vorhabens unvermeidbar sind, als Ganzes so umgesiedelt werden, daß Kultur und materielle Lebensgrundlage der Gemeinschaft auch nach der Umsiedlung erhalten bleiben. Vorhaben, die dies nicht garantieren können, dürfen nicht bewilligt werden. (In der Praxis dürfte die Konsequenz hieraus sein, daß neben der Bereitstellung von finanziellen Mitteln auch ein mindestens so großes zusammenhängendes Areal zur Verfügung gestellt werden muß wie das, von dem die Gemeinschaft vertrieben wird, mit vergleichbaren natürlichen

Die 11 Milliarden Dollar Frage

Das riesige Sardar-Sarovar-Projekt wird noch sehr viel kostspieliger werden, als bisher angenommen. Offiziell wurden die Kosten bisher auf 60 Milliarden Rupien (ca. 2 Milliarden US-Dollar) geschätzt, inoffiziell war man bereits von 90 Milliarden Rupien ausgegangen. Kritiker des Projektes wie die Narmada Bachao Andolan rechneten mit etwa 130. Medha Patkar hatte auch schon von 200 Milliarden Rupien gesprochen.

All diese Schätzungen wurden jetzt in den Scharten gestellt von einer Veröffentlichung der Weltbank, in der man von Gesamtkosten des Projektes in Höhe von 11,4 Milliarden US-Dollar (ca. 330 Mrd. Rupien) ausgeht. Bei einem Vergleich zwischen dem noch immer von der Weltbank geförderten Pak Mun Staudamm-Projekt in Thailand und Sardar Sarovar wurde diese enorme Summe von der Weltbank eingesetzt, ohne daß sie im einzelnen aufgeschlüsselt wurde.

Experten gehen jedoch davon aus, daß diese Kosten unter Berücksichtigung der Preisentwicklungen der nächsten 20 Jahre durchaus realistisch sind. So wird Gujarat voraussichtlich allein für die 200.000 Hektar Land, die das Kanalsystem erfordert, nach konservativen Schätzungen mehr als 50 Milliarden Rupien zahlen müssen. Ein ehemaliger Ingenieur der Narmada Valley Development Agency (NVDA) schätzt die Kosten allein für das Kanalsystem auf der Basis heutiger Preise auf insgesamt 130 Milliarden Rupien; den Staudamm selber auf 50, die Maschinen zur Energieerzeugung auf 20 und die Umsiedlungskosten auf weitere 20 Milliarden Rupien. Damit liegen diese Schätzungen - ohne Berücksichtigung der Preissteigerungen - bereits bei 220 Milliarden Rupien, also nicht so weit entfernt von den von der Weltbank inklusive Preissteigerungen geschätzten 330 Milliarden Rupien. Die offiziell gehandelten 90 Milliarden Rupien sind ganz offensichtlich weit aus zu niedrig angesetzt, eine Neuberechnung durch die NVDA wäre wohl angebracht.

(Quelle: 'Sunday', Calcutta, 15-21.5.94)

Bedingungen wie Wald, Zugang zu Wasser etc.)

- Erhalt und Erweiterung der Umsiedlungs-Richtlinien (OD 4.30)

Die vorgeschlagenen Maßnahmen (Action to Improve Performance) der Studie enthalten eine Reihe von unterstützenswerten Maßnahmen, allerdings

fehlt die Empfehlung, die konkrete Weltbank-Politik in diesem Sinne zu verändern. Damit diese Maßnahmen auch tatsächlich in Zukunft umgesetzt werden, bedarf es ihrer Aufnahme in die Umsiedlungs-Richtlinien (OD 4.30). Außerdem muß sichergestellt werden, daß diese Richtlinien nicht im Zuge der aktuellen Entwicklung innerhalb der Weltbank aufgegeben und durch Kurzfassungen in Form von zweiseitigen "bank procedures", "policy statements" und "good

practise" verwässert werden...

Der Bundesregierung waren die beiden der aktuellen Studie vorausgegangenen Umsiedlungsstudien bekannt. Sie hat trotz der erschreckenden Ergebnisse in all den Jahren keinerlei Maßnahmen ergriffen, damit die Umsiedlungsrichtlinien der Weltbank durchgesetzt werden.

In der Hoffnung, daß sich dies ändern wird, wären wir Ihnen sehr verbunden, wenn Sie uns mitteilen könnten, wie die Bundesregierung sich verhalten wird

- in der Frage der Rehabilitierung der bisherigen Opfer von Zwangsumsiedlungen durch Weltbank-Projekte

- in der Frage eines Moratoriums für die in Durchführung befindlichen Projekte wie oben beschrieben

- in der Frage nach einer zukünftigen Vermeidung von Zwangsumsiedlungen und den konkreten Maßnahmen, wie dies geschehen soll

- in der Frage nach einer unabhängigen Klageinstanz...".

Anlage zum offenen Brief:

Zur aktuellen Situation

Am Beispiel der aktuellen Situation an der Narmada in Indien möchten wir verdeutlichen, wie die Nicht-Einhaltung der Weltbank-Richtlinien sich konkret für Menschen darstellt, die von Zwangsumsiedlung betroffen sind. Der zur Zeit im Bau befindliche Sardar-Sarovar-Damm an der Narmada ist bis April letzten Jahres durch einen Kredit der Weltbank unterstützt worden, die noch immer bestehende rechtliche Verantwortung der Weltbank für die mit dem Bau verbundenen Folgen steht außer Frage.

Seit Februar diesen Jahres, als die Staudamm-Gesellschaft die unteren Schleusen am Sardar-Sarovar-Damm mit Stahlstoren schließen ließ, ist der Stausee bis zu den nächsten Schleusen in 53 Meter Höhe angestiegen. Als Ergebnis kam es zur ersten dauerhaften Überflutung von Dorfteilen und Ackerland. Die dort ansässigen Menschen waren bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht umgesiedelt. Das Schließen der Schleusen wie auch die verstärkten Baumaßnahmen am Staudamm widersprachen den Umsiedlungs-Richtlinien der Weltbank, einem Gerichtsbeschuß des Hohen Gerichts vom Aug. 1992 wie auch den Beschlüssen der Narmada-Kontroll-Behörde vom Januar 1994.

Mit jedem Meter, um den der Staudamm zur Zeit wächst, vergrößert sich das Gebiet, das ab Juli mit dem nächsten Monsun aufgrund des Rückstaus an der Staumauer überschwemmt werden wird. Die Menschen, die von dieser Überschwemmung betroffen sein werden, sind 3 Monate vor dieser Überschwemmung noch nicht umgesiedelt, obschon die Weltbank-Richtlinien eine Umsiedlung spätestens 1 Jahr vor der Überschwemmung vorsehen. Zum aktuellen Zeitpunkt weiß die Regierung noch nicht einmal, wieviele Menschen, Häuser, Felder und Wälder voraussichtlich überschwemmt werden oder wieviele Häuser aufgrund ihrer Lage plötzlich zu Inseln werden, umgeben von Wassermassen, die jegliche Verbindungen oder Flucht für die Menschen unmöglich machen.

Die Regierung des Bundesstaates Madhya Pradesh hat öffentlich zugegeben, daß sie keine Kapazitäten für die Umsiedlung der Betroffenen habe. Gleichzeitig gab sie kürzlich bekannt, daß 15 Dörfer mit dem Rückstau überschwemmt werden, drei von ihnen sogar vollständig. Auch in Gujarat werden 400-500 Familien, die noch nicht umgesiedelt sind, von der Überschwemmung betroffen. Im dritten beteiligten Bundesstaat, Maharashtra, schwanken die Angaben der Regierung zwischen 148 und 2000 Betroffenen. Nach Angaben der Bürger-Initiative Narmada Bachao Andolan (Bewegung zur Rettung der Narmada) werden mindestens 500 Familien ihre Häuser verlieren. Hin-zu kommen die Familien, deren Land und Ernten, d.h. ihr Einkommen für das folgende Jahr, in den Fluten verschwinden werden. Und noch immer gehen die Bauarbeiten am Staudamm weiter. Die einzige Initiative, die die Weltbank angesichts dieser drohenden Katastrophe unternommen hat, war ein Brief im Januar dieses

Jahres, in dem Konsequenzen für andere Kredite angedroht wurden, falls die Umsiedlungen nicht parallel zu den Bauarbeiten durchgeführt würden. Seitdem ist der Damm um weitere fünf bis zehn Meter gewachsen, immer mehr Dörfer sind von Überschwemmung bedroht - aber die Weltbank blieb tatenlos.

Viele Bewohnerinnen und Bewohner des Narmada-Tals, etwa die Hälfte von ihnen sind Adivasi (Indigene), wollen lieber mit ihrem Land untergehen, als sich dem Elend der völlig unzureichenden Umsiedlungsmaßnahmen auszusetzen. Während des letzten Monsun führte dies dazu, daß die Regierung die Bewohner zwangsevakuieren ließ. Mit Polizeigewalt wurden die Menschen abtransportiert, ihre Häuser und Habe und ihr Vieh gingen in den Fluten unter. Als das Wasser nach Wochen wieder abfloß, hinterließ es weitgehende Zerstörungen, alles war von Schlamm und Unrat überdeckt, Straßen und Wege zerstört, alle Vorräte vernichtet. In diesem Jahr plant die Regierung Maharashtras nach zuverlässigen Quellen ebenfalls, solche Zwangsevakuierungen vorzunehmen. Sie geht dabei davon aus, daß in Maharashtra 515 Häuser zwangsevakuieren werden sollen. Als Folge dieser bisher größten Polizeiaktion im Narmadatal in Maharashtra wären anschließend 2000 Adivasi obdachlos.

Wie die indische Zeitschrift 'Sunday' kürzlich veröffentlichte, hat die Narmada Valley Development Agency bisher einen Bericht aus den achtziger Jahren veröffentlicht, aus dem klar hervorgeht, daß die voraussichtliche Gesamthöhe der Überschwemmung auf eine Höhe von bis zu 494 Feet ansteigen könne. Die bisherigen Angaben lagen bei 455 Feet. Mit dieser neuen potentiellen Gesamthöhe ist auch die Stadt Dharampuri im Distrikt Dhar mit 40.000 Einwohnern von Überflutung bedroht. Ein Sprecher der NVDA verwies darauf, daß diese Gefahr nur bei einer schweren Überschwemmung gegeben sei, wie sie einmal in hundert Jahren vorkomme. Die Reaktion eines Mitglieds der Staatlichen Planungskommission Gujarats darauf: "Was garantiert uns, daß diese Überschwemmung nicht morgen stattfindet?"



NBA-Aktivistinnen mit Medha Patkar bei einer Demonstration in Delhi am 27. April 1994 (Foto: V. Sundershan)